

## Tempo-30-Initiative: Kreis soll beitreten

Städte und Gemeinden fordern in Sachen  
Höchstgeschwindigkeit mehr Handlungsfreiheit

Von Jörg Monzheimer

**KREIS GROSS-GERAU.** Der Kreis Groß-Gerau wird sich mit hoher Wahrscheinlichkeit der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ anschließen. Einen entsprechenden Antrag hat die Koalition aus SPD, Grünen und Linken eingebracht. Im Regionalausschuss des Kreistags signalisierte der Rüsselsheimer Oberbürgermeister Patrick Burghardt, dass auch die CDU-Fraktion den Vorstoß unterstützen werde. Abgestimmt wurde noch nicht, weil Rolf Leinz für die Freien Wähler Beratungsbedarf anmeldete.

### Schon mehr als 1000 Kommunen im Bündnis

Das Bündnis „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ war im Juli 2021 von den Städten Aachen, Augsburg, Freiburg, Hannover, Leipzig, Münster und Ulm gegründet worden. Inzwischen haben sich ihm mehr als 1.000 Kommunen angeschlossen. Aus dem Kreis Groß-Gerau sind beispielsweise Büttelborn, Ginsheim-Gustavsburg, Groß-Gerau, Kelsterbach, Nauheim, Riedstadt, Rüsselsheim, Stockstadt und Trebur dabei.

Ziel der Städte und Gemeinden ist es, selbst entscheiden zu dürfen, wo sie beispielsweise Tempo 30 anordnen. Noch unterliegt dies teils spürbaren Restriktionen. Auf Hauptverkehrsstraßen etwa dürfe Tempo 30 nur abschnittsweise vor Schulen, Krankenhäusern oder Kindertagesstätten angeordnet werden, heißt es in der Begründung des Antrags. Als hinderlich insbesondere für den Linienbusverkehr wird eingestuft, dass es in Wohngebieten Tempo-30-Zonen sein müssten. Diese hätten den Nachteil, dass dort dann rechts vor links gelte.

Gerald Kummer (SPD) erinnerte an Zeiten, in denen die

autogerechte Stadt das Leitbild gewesen sei, der Kfz-Verkehr grundsätzlich Vorrang genossen habe. Hiervon sei man inzwischen zum Glück weit entfernt, Rad- und Fußverkehr sollten gleichberechtigt sein. Tempo 50 sei aus seiner Sicht innerorts keine angemessene Geschwindigkeit mehr. Es gehe dabei um Aufenthaltsqualität und die Umwelt, vor allem aber um die Sicherheit der schwächeren Verkehrsteilnehmer. Die Kommunen bedürften zusätzlicher Entscheidungsspielräume, weil sie am besten wüssten, was an welcher Stelle sinnvoll sei. Der Kreis solle sich daher solidarisch zeigen und der Initiative ebenfalls beitreten.

Rolf Leinz hielt den Antrag der Koalition in weiten Teilen für überholt. Er verwies auf die 57. Änderung der Straßenverkehrsordnung vom Oktober 2024, die Städten und Gemeinde mehr Handlungsfreiheit einräumt. Zwar habe es bis zum Februar 2025 gedauert, bis die dazugehörige Verwaltungsvorschrift erlassen worden sei, doch sei vieles von dem, was die Initiative fordere, jetzt schon in der Straßenverkehrsordnung enthalten. „Aus meiner Sicht ist der Antrag gegenstandslos“, sagte Leinz. Da er Beratungsbedarf anmeldete, wurde nicht abgestimmt.

Sanften Widerspruch erntete Leinz von Rüsselsheims Oberbürgermeister Patrick Burghardt (CDU). Zwar sei es richtig, dass es Verbesserungen gegeben habe, doch gebe es in Rüsselsheim noch immer Stellen, an denen man kein Tempo 30 ausweisen dürfe, etwa im Stadtteil Bausenheim. „Es wäre wichtig, dass wir vor Ort selbst entscheiden können“, erklärte Burghardt und kündigte Unterstützung für den Antrag an. Burghardt nannte es „einen klugen Schritt“, den Städten und Gemeinden mehr Entscheidungsspielraum zu lassen – eine Stellungnahme, für die sich auch Gerald Kummer dankbar zeigte.



Viele Anwohner der Rheinstraße in Dornheim wünschen sich seit Langem Tempo 30. Da es sich bei der Kreisstraße 157 aber um eine überörtliche Verbindungsstraße von Dornheim nach Leeheim handelt, ist das nicht ohne Weiteres möglich. Archivfoto: Samantha Pflug